

SPD-Fraktion Rheinland-Pfalz | SGK Rheinland-Pfalz



gerecht | bürgernah | wirtschaftlich erfolgreich | ökologisch

Leitlinien für eine neue kommunale Energiepolitik





Vorwort

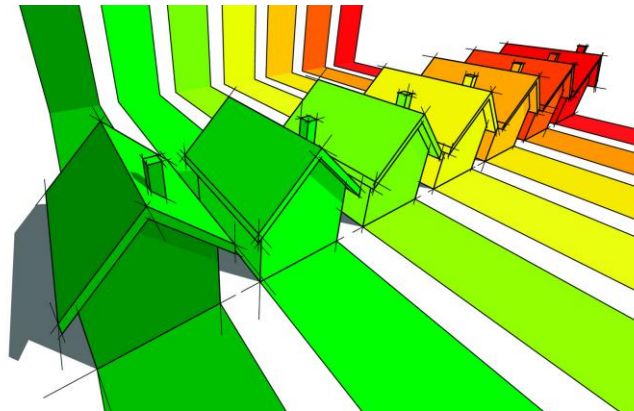
Die Energiewende können wir nur gemeinsam umsetzen. Der Nutzen der Maßnahmen muss für die Menschen vor Ort spürbar und konkret werden. Die Kommunen sind daher zentrale Akteure der Energiewende. Dafür passen wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen durch eine Änderung der Gemeindeordnung den Wettbewerbsbedingungen an.

Seite 4

Einleitung

Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen des Landes zu einem Energiekonsens für Rheinland-Pfalz ein. Mit der Stärkung der dezentralen Energieversorgung halten wir die Wertschöpfung in unserem Land und sind den Kommunen ein verlässlicher Partner.

Seite 6



Energieeffizienz und Energiesparen

Die beste Energie ist gesparte Energie. Da hohe Energiekosten die niedrigen Einkommen überproportional belasten, ist Energieeffizienz auch ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Gemeinsam mit der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz soll eine Energieeffizienz-Offensive gestartet werden.

Seite 7



Energiemanagement

Für eine zukunftsgerichtete kommunale Energiepolitik sollte der Einsatz intelligenter Energiemanagementsysteme in jeder Kommune selbstverständlich und obligatorisch sein. Nur so können Schwachstellen überhaupt erkannt und Energieflüsse optimiert werden.

Seite 10



Erneuerbare Energien

Wesentlicher Bestandteil bei der Gestaltung einer klimafreundlichen Energiezukunft ist der verstärkte Ausbau der Erneuerbaren Energien. Das ist gesellschaftlicher Konsens und unser erklärtes Ziel. Für die kommunale Energiepolitik ist es wichtig, den Ausbau Erneuerbarer Energien auf allen Ebenen nachhaltig einzufordern.

Seite 11



Contracting

Kapitalintensive und technisch anspruchsvolle Anlagen können auch ohne eigenes Startkapital schnell umgesetzt werden, wenn sie an sich wirtschaftlich sinnvoll sind: Beim Contracting wird der langfristige wirtschaftliche Vorteil einer Energie-spar-Investition zwischen dem Gebäudeeigentümer und einem externen Umsetzungs- und Finanzierungspartner aufgeteilt.

Seite 14



Die kommunale Energieversorgung der Zukunft

Kommunale Energieversorger müssen in ihrer Betätigung als Energieversorger weitere Kompetenzen erhalten. Durch die Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger, Kommunen sowie Betriebe wird die Energieversorgung demokratisiert. Als neutrale Beratungsstellen sollen regional verteilt Energieagenturen entstehen.

Seite 16

Anhänge

Ausgewählte Ansprechpartner - Seite 21

Musterantrag für ein kommunales 1000-Dächer-Photovoltaik-Programm - Seite 23

Musterantrag zur Gründung einer regionalen Klimaschutz- und Energieberatungsagentur - Seite 24

Fazit

Eine neue kommunale Energiepolitik bietet die Chance, gleichzeitig die Kartelle der großen Energiekonzerne aufzubrechen und die Energiewende durch den Ausbau intelligenter Stromnetze zu fördern.

Seite 20



Vorwort

Die Energiewende ist eine große Chance für Rheinland-Pfalz und seine Kommunen. Bereits seit über zehn Jahren stellt die SPD in Rheinland-Pfalz die Weichen für den Aufbau einer sauberen, sicheren und bezahlbaren Energieversorgung für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen in unserem Land.

Viele innovative Energieprojekte sind in

Rheinland-Pfalz entstanden: Energie- und Windparks, kombinierte Entsorgungs- und Energiegewinnungsanlagen, Speichertechnologien, Energieplushäuser und rekommunalisierte Energiebetriebe, die ihre Wertschöpfung in der Region halten. Auch Unternehmen agieren vorbildlich und haben ihre Produktionsprozesse energieeffizient gestaltet.

Ziel der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz und der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) ist es, diesen Weg weiterhin fortzusetzen und insbesondere die Kommunen – als Hauptakteure der Energiewende

– weiter zu stärken. Denn für den Umbau unseres Energiesystems kommt den Kommunen, den Stadt- und Gemeindewerken sowie den kommunalen Energie- und Wohnungsunternehmen wegen ihrer Bürgernähe und ihrer örtlichen Sachkompetenz eine besondere Bedeutung zu. Die Liberalisierung der Märkte in Europa hat dazu geführt, dass sich die kommunalen Unternehmen in einem starken Wettbewerb mit anderen Unternehmen befinden. Momentan wird der Energie- und Wärmemarkt von wenigen großen Unternehmen beherrscht. In einer Stärkung der kommunalen Unternehmen sehen wir die Chance, mehr Verbraucherrechte,

preisgünstigere Angebote und mehr Umweltschutz zu gewährleisten. Daher müssen wir die Wettbewerbsfähigkeit und den Handlungsspielraum der Kommunen und der kommunalen Unternehmen weiter stärken. Dabei gilt es, die notwendige Planungssicherheit für diese Unternehmen zu sichern.

Die SPD-Landtagsfraktion und die SGK verfolgen im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern eine dezentrale Energiepolitik, die die Potentiale des Landes und seiner Regionen optimal nutzt. Am Ende dieses Dialoges steht ein Ziel: Die Energiewende für Rheinland-Pfalz – orientiert an den Grundsätzen Soziale Gerechtigkeit, Bürgernähe, wirtschaftlicher Erfolg und ökologische Verantwortung. Diese können wir nur gemeinsam umsetzen - und der Nutzen der Maßnahmen muss für die Menschen vor Ort spürbar und konkret werden.

Die Kommunen sind daher zentrale Akteure der Energiewende. Sie setzen vor Ort die überörtlichen Ziele um und forcieren durch ihr Handeln den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Unser Ziel ist es, die kommunale Energieversorgung zu stärken. Die Kommunen müssen in ihrer Betätigung weitere Kompetenzen erhalten. Dazu sollen auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen durch eine Änderung der Gemeindeordnung den Wettbewerbsbedingungen angepasst werden.

Auf der Basis der Ergebnisse unserer gemeinsamen Energiereise „Energiekonsens für

Rheinland-Pfalz“ haben wir im ganzen Land mit kommunalen Vertretern diese Leitlinien für eine kommunale Energiepolitik erarbeitet. Ziel dieser Broschüre ist es, den Kommunen einen Wegweiser zu geben, wie sie energiepolitische Forderungen an eine zukunftsorientierte Energieversorgung angehen können. Es geht uns um die Umsetzung einer flächendeckenden Dezentralisierung der Energiewirtschaft durch Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbaren



Hendrik Hering
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion RLP

Energien. Wir danken unseren zahlreichen Gesprächspartnern für die vielen Anregungen und Ergänzungen – aber auch dafür, dass sie viele unserer Ideen begrüßt haben.

Daher richtet sich diese Informationsbroschüre über neue kommunale Energiepolitik natürlich in erster Linie an kommunalpolitisch engagierte Bürgerinnen und Bürger. Wir glauben aber auch, dass der Informationsgehalt für alle Menschen in Rheinland-Pfalz von Interesse sein kann.



Michael Reitzel
Vorsitzender der SGK RLP



Einleitung

Die Neuorganisation unserer Energieversorgung bietet großes Potential für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz. Notwendig ist ein durchdachtes Konzept, das an die bestehenden Strukturen und die Stärken unseres Landes anknüpft.

Rheinland-Pfalz ist ein erfolgreiches Industrieland. Die Innovationskraft und der Ideenreichtum der Menschen sichern unseren wirtschaftlichen Erfolg. Die Wettbewerbsfähigkeit unseres schlagkräftigen Mittelstandes zu sichern, ist die Hauptaufgabe sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Dabei steht vor allem die Versorgung mit sicherer, wettbewerbsfähiger und nachhaltiger Energie im Zentrum.

Energiekonsens für Rheinland-Pfalz

Um die nachhaltige Zukunft unseres Industriestandortes und seiner ausgeprägten Exportstärke zu sichern, muss die Energie- und Rohstoffabhängigkeit verringert werden. Die Standortwahl der international agierenden Unternehmen wird sich immer stärker an dem Anteil des Verbrauchs von Energie pro Einheit des Bruttoinlandsproduktes ausrichten. Es ist eine zentrale Zukunftsaufgabe, die Rohstoff- und

Energieeffizienz zu steigern. Diese Herausforderung müssen wir jetzt entschlossen und gemeinsam angehen.

Die SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz und die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) in Rheinland-Pfalz laden alle Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen des Landes zu einem Energiekonsens für Rheinland-Pfalz ein. Mit der Stärkung der dezentralen Energieversorgung halten wir die Wertschöpfung in unserem Land und sind den Kommunen ein verlässlicher Partner. Wir unterstützen die vielen Initiativen, die überall im Land auch überregional entstehen, sowie alle Anstrengungen, die die Kommunen auf dem Weg zu einer 100 Prozent „erneuerbaren Wirtschaft“ schon gehen.

Energiewende von unten

Wir bauen auf der langen umweltpolitischen Tradition der SPD auf: Unter Willy Brandt hat die Sozialdemokratie maßgeblich die ersten Schritte der Umweltpolitik in Deutschland getan und mit den Ideen von Hermann Scheer den Weg für die Energiewende vorgezeichnet. Daran knüpfen wir nahtlos an: Wir sind der Überzeugung, dass wir

die Herausforderungen der international zusammenwachsenden Industriegesellschaft nur mit den Instrumenten einer sozialen und ökologisch verantwortlichen Marktwirtschaft lösen können. Hier hat Rheinland-Pfalz viel anzubieten.

Die Kommunen besitzen dabei eine Fülle von Handlungsmöglichkeiten, einen Beitrag zum Klimaschutz direkt vor Ort zu leisten und den Auf- und Ausbau einer dezentralen erneuerbaren Energieversorgung voranzutreiben.

Einiges davon wird hier zusammengefasst: Was kann eine Stadt oder Gemeinde tun, um eine kommunale und regionale Energiepolitik im Sinne der Grundsätze Soziale Gerechtigkeit, Bürgernähe, wirtschaftlicher Erfolg, und ökologische Verantwortung zu etablieren? Wie können die Potentiale zur Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz und dem Ausbau der Erneuerbaren Energien genutzt werden? Dies sind einige der Fragen, die die SPD-Landtagsfraktion und die SGK in dieser Broschüre beantworten wollen.

Energieeffizienz und Energiesparen

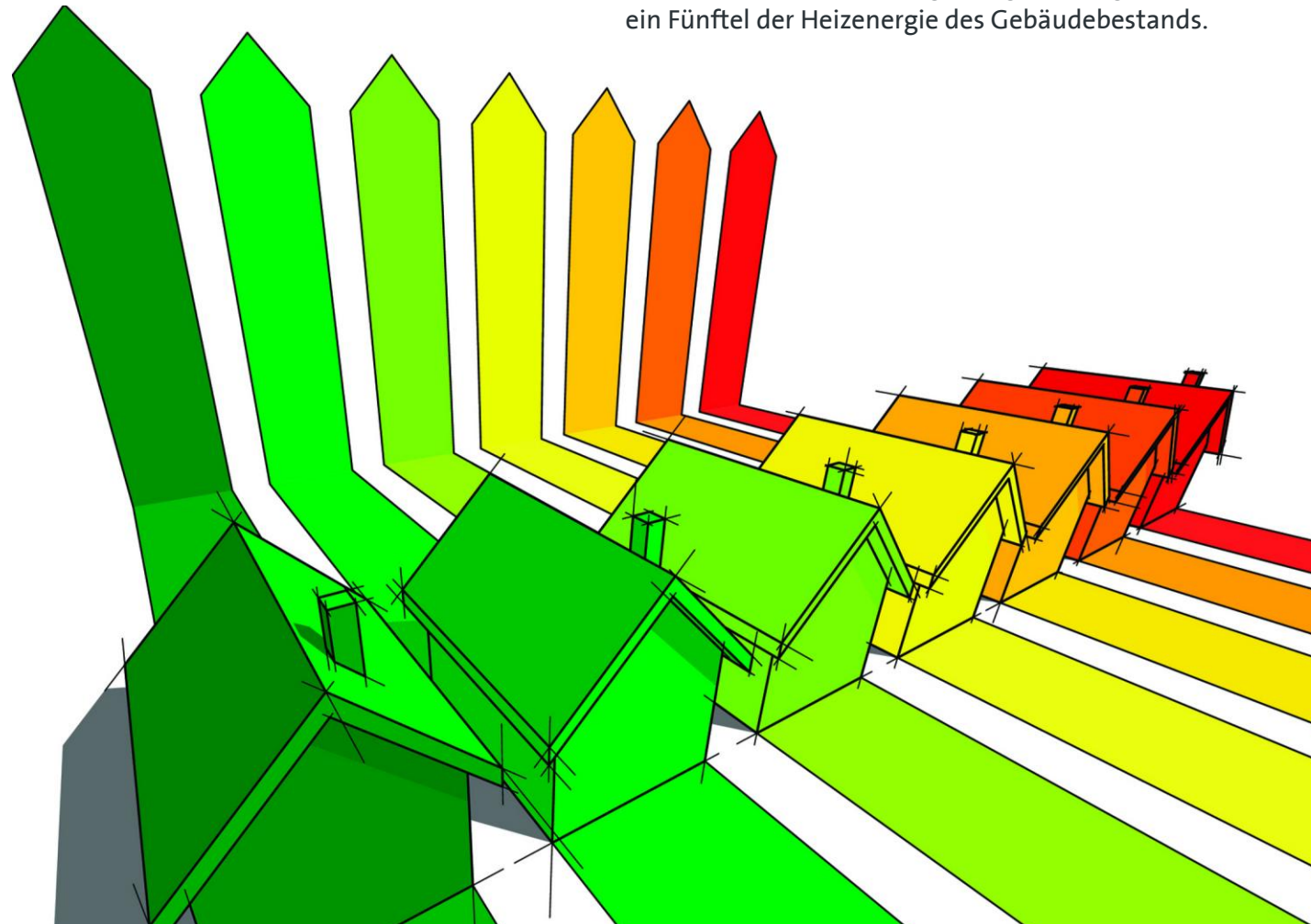
Energiesparen und Energieeffizienz sind die wichtigsten Themen für eine gleichermaßen umweltfreundliche, bezahlbare Energiezukunft. Rund 43 Prozent der Kosten in der Produktion sind heutzutage Energie- und Ressourcenkosten. Die Lohnkosten liegen unter 20 Prozent. Zudem belasten hohe Energiekosten überproportional die niedrigen Einkommen. Energieeffizienz sichert somit soziale Gerechtigkeit: Die beste Energie ist gesparte Energie.

Insbesondere im Bereich der Gebäudebeheizung liegt das größte Einsparpotenzial. Zwar zielt die Energieeinsparverordnung auf einen deutlich verbesserten Wärmeschutz ab, jedoch gilt sie im Wesentlichen nur für Neubauten. Den größten Anteil der Gebäude machen jedoch Bestands- und Altbauten aus, die über keine oder nur unzureichende Wärmedämmung verfügen. Werden doppelt so viele Gebäude wie bisher saniert – bei anspruchsvollen Standards und unter Einsatz von Erneuerbaren Energien – können in Rheinland-Pfalz bis 2020 rund 20 Prozent der heutigen CO₂-Emissionen (des Gebäudesektors) eingespart werden.

Das sind jährlich zwei Millionen Tonnen CO₂. Zum Vergleich: Dies entspricht den jährlichen Gesamtemissionen von ca. 200.000 Menschen.

Die Gebäude sind verantwortlich für 41 Prozent des Endenergieverbrauches und 34 Prozent der CO₂-Emissionen in Rheinland-Pfalz.

Aber auch ganz persönlich lohnt sich der Einsatz: Der Heizenergieverbrauch moderner Häuser liegt bei etwa 70 kWh pro m² und Jahr. Das ist nur ein Drittel dessen, was bei alten Gebäuden benötigt wird. Passivhäuser benötigen sogar weniger als ein Fünftel der Heizenergie des Gebäudebestands.



Setzt ein Gebäudeeigentümer alle Maßnahmen des Wärmeschutzes zur Altbausanierung optimal um (Dach- und Fassadendämmung, Wärmeschutzverglasung), so kann er bis zu 80 Prozent seiner Heizenergie und damit auch entsprechend Heizkosten einsparen.

Natürlich sind hierzu erhebliche Investitionen erforderlich, die allerdings auch staatlich durch zinsverbilligte Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gefördert werden. Die rheinland-pfälzische Energieagentur (EffizienzOffensive RheinlandPfalz e.V., EOR) bietet eine neutrale kostenlose Erstinformation zu den Themen Energieeffizienz und Förderprogramme für Privatleute, Unternehmen, Kommunen und Kirchen in Rheinland-Pfalz an.

Weitere wichtige Energieeinsparpotenziale liegen im Wärmebereich in der Abwärmenutzung im gewerblichen Bereich. Hier gibt es eine ganze Reihe von Branchen, die sich auf den Weg gemacht haben, ihre Abwärmeströme für Beheizungs-, Warmwasserbereitungs- und sonstige Prozesszwecke einzusetzen. Hierzu zählen im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen beispielsweise Bäckereien, Metzgereien und Autolackierereien, um nur wenige zu nennen. Hier sollten Kommunen beispielsweise über die Gewerbeaufsicht konkret auf die Betriebe zugehen, um auf Einsparpotenziale aufmerksam zu machen und Beratung anzubieten oder zu vermitteln.

Natürlich gibt es auch im Strombereich viele Einsparmöglichkeiten, etwa bei veralteten, energieintensiven Haushaltsgeräten oder auch bei der Beleuchtungstechnik. Hier wollen wir die Bürgerinnen und Bürger zur Eigeninitiative ermutigen und durch Ausbau der Beratungsangebote unterstützen.

Kraft-Wärme-Kopplung

Um die Energieeffizienz zu steigern, hat die damalige rot-grüne Bundesregierung mit dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) gute Rahmenbedingungen für die Dezentralisierung der Energiewirtschaft geschaffen. Bei der



Energieeffizienz steht die dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) an erster Stelle, denn keine andere Technologie der rationellen und regenerativen Energieverwendung ist auch nur annähernd in der Lage, ein so beachtliches Brennstoff- und damit CO₂-Einsparpotenzial zu erschließen: Auf konventionellem Weg werden Strom und Wärme getrennt erzeugt - Strom in Kraftwerken und Wärme in Heizkesseln. Durch eine effiziente Zusammenlegung dieser Prozesse benötigt die Kraft-Wärme-Kopplung für die gleiche Nutzenergie in Form von Strom und Wärme 41 Prozent weniger Rohstoffe und stößt 45 Prozent weniger CO₂ aus.

Darum muss es das Ziel jeder Kommune sein, den dezentralen Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung nach Kräften zu forcieren, wo immer das Potenzial hierfür vorhanden ist oder durch Nahwärmeverbindung mehrerer Gebäude geschaffen werden kann.

Eine Untersuchung des Öko-Institutes zeigt, dass ein Erdgas-Blockheizkraftwerk mit 49 Gramm pro erzeugter Kilowattstunde Strom nur etwa halb so viel CO₂-Emissionen verursacht, wie die Photovoltaik mit 101 Gramm pro Kilowattstunde. Die nach dem in der wissenschaftlichen und fachlichen Welt anerkannten GEMIS-Modell (Globales-Emissions-Modell-Integrierter-Systeme) berechneten CO₂-Äquivalente berücksichtigen die Gesamtbilanz von Rohstoffbeschaffung über die Produktherstellung und die Betriebsphase bis zur Demontage und Entsorgung der jeweiligen Anlagen.

Gelingt es in der Zukunft, erdgasbetriebene Blockheizkraftwerke auf Biogas umzustellen - egal ob durch Eigenproduktion oder über das Biogas-Einspeisegesetz - so ergibt sich für die dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung sogar ein negativer CO₂-Effekt oder auch eine „CO₂-Gutschrift“ für jede erzeugte Kilowattstunde Strom, wenn die Wärme vollständig genutzt wird.

Weitere wichtige Technologien und Handlungsmöglichkeiten für eine effiziente Energiebereitstellung auf kommunaler Ebene und beim Endverbraucher sind:

- a) Wärmepumpen in Verbindung mit oberflächennaher Geothermie oder Abwärmenutzung: Sie funktionieren wie ein umgekehrter Kühlschrank und können mehr als das Vierfache ihres Stromverbrauchs als Wärmeenergie bereitstellen.
- b) Abwärme von Klimatisierungs- und Kühlanlagen (Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung).
- c) Modernisierung von Lüftungsanlagen aller Verbrauchssektoren mit Wärmerückgewinnung.
- d) Konsequentes Aufspüren von Mängeln in der Wärmeverteilung von Heizungsanlagen (s. Kapitel Energiemanagement, S. 10).



Nahwärme

Für den verstärkten Ausbau effizienter und erneuerbarer Energietechnologien im Wärmebereich ist die Nahwärmeversorgung unverzichtbar. Dies bietet sich nicht nur in Neubaugebieten an; auch Bestandsgebiete bis hin zu ganzen Ortschaften oder Ortsteilen können erschlossen werden. Deshalb ist es richtig, dass der Auf- und Ausbau von Nah-/Fernwärmenetzen gefördert wird.

Moderne Nahwärmeversorgungssysteme sind intelligent, effizient und machen den vernünftigen Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung und Bioener-

gienutzung überhaupt erst möglich, womit außerordentliche Reduktionen des klimarelevanten CO₂ von 50 bis 90 Prozent verbunden sind. Der besondere Vorteil der Nahwärmeversorgung ist, dass ein Nahwärmenetz „brennstoffneutral“ betrieben werden kann, d.h. dass man auch in der Zukunft flexibel ist, eine andere Technik und einen anderen Brennstoff einzusetzen. Egal ob man ein Nahwärmenetz mit Gas, Holz, oder sonstigen fossilen oder auch Sekundärbrennstoffen feuert; da man Heizwasser transportiert, ist im Prinzip jede Umstellung möglich.

Energiemanagement

Um den Energiebedarf in kommunalen Einrichtungen zu minimieren, ist eine kontinuierliche Erfassung aller relevanten Daten erforderlich. Nur so können Schwachstellen überhaupt erkannt und Energieflüsse optimiert werden. Auf der Grundlage eines nachhaltigen Energiecontrollings kann er auch über Einsparinvestitionen entscheiden, die in der Folge zur gewünschten Energie- und damit Kosteneinsparung führen.

Ein wesentliches Energieeinsparpotenzial lässt sich durch ein effektives Energiemanagementsystem auf der Wärmeverbrauchsseite erzielen, in dem systematisch Heizkreistemperaturen in größeren Gebäuden überwacht und fernwirktechnisch optimiert werden können. Für die kommunale Energieversorgung sind das in der Regel alle Schulen und Verwaltungsgebäude sowie insbesondere Schwimmbäder und ggf. Krankenhäuser.



Zur Dokumentation gegenüber dem Gebäudeeigentümer können beispielsweise die Temperaturen kontinuierlich erfasst und im Sinne des Controllings aufgezeichnet werden. Hiermit werden Schwachstellen erkannt und abgestellt: Wurde beispielsweise zu Zeiten geheizt, in denen dies nicht vorgesehen war? Oder entstehen zu heiße Rückläufe, die etwa auf defekte Verbrauchsregler in den versorgten Räumen einen Hinweis geben?

Für eine zukunftsgerichtete kommunale Energiepolitik sollte der Einsatz intelligenter Energiemanagementsysteme in jeder Kommune selbstverständlich sein. Dafür sind Investitionen in alle Liegenschaften notwendig. Aber nur durch die Beschäftigung und Auseinandersetzung mit den Energieverbräuchen wird Controlling möglich. Dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sich die Investitionen zur Einsparung von Nutzenergie auch tatsächlich refinanzieren.



Erneuerbare Energien

Wesentlicher Bestandteil bei der Gestaltung einer klimafreundlichen Energiezukunft ist der verstärkte Ausbau der Erneuerbaren Energien. Das ist gesellschaftlicher Konsens und unser erklärtes Ziel. Für die kommunale Energiepolitik ist es wichtig, den Ausbau Erneuerbarer Energien auf allen Ebenen nachhaltig einzufordern. Auf der Stromseite wollen wir die Technologien aus kommunalpolitischer Sicht darstellen, die auf lokaler und regionaler Ebene am wichtigsten sind:

Windenergie

An dem Ausbau der Windenergienutzung geht kein Weg vorbei. Wollen wir Rheinland-Pfalz „erneuerbar“ machen, so ist dieses Ziel nur mit verstärkter Windkraftnutzung zu erreichen. Zwei Prozent der Landesfläche sollen dafür bereit stehen. Hierfür müssen die Kommunen die planerischen Voraussetzungen schaffen und Überzeugungsarbeit leisten. Die Landesregierung

wird das Landesentwicklungsprogramm diesbezüglich anpassen.

Sonnenenergie

Photovoltaik (PV), die Stromerzeugung aus Sonnenlicht, ist die Erneuerbare Energie, die von allen akzeptiert ist und die in der Regel von jedem Einzelnen auf dem Dach seines Hauses installiert werden kann. Die solare Stromerzeugung steht



technologisch und mengenmäßig noch ganz am Anfang - trotz ihrer großen Akzeptanz und erfreulicher Zuwächse. Sie ist die Technologie mit weltweit größtem Potential. Im Süden Europas ist sie als Spitzenlaststrom bereits wettbewerbsfähig, unter hiesigen Einstrahlungsbedingungen der Sonne kann sie - so prognostiziert es die Branche - bereits ab 2020 bis 2025 wirtschaftlich zum Haushaltsstromtarif erzeugt werden. Wir brauchen zusätzliche Impulse, um den Ausbau der Solarenergienutzung fortzuführen und die erzielten Erfolge nicht zu gefährden. Im Zuge der Umsetzung von 1000-Dächer-Programmen in den Kommunen beispielsweise in Kooperation mit örtlichen Sparkassen und Genossenschaftsbanken, können verschiedene Modelle zur Bürgerbeteiligung und Umsetzung vor Ort erarbeitet werden:

- Die Dachfläche ist geeignet und der Eigentümer finanziert und investiert selbst.
- Der Eigentümer investiert und finanziert zu festen Sonderkonditionen über die örtlichen Sparkassen und Volksbanken – die Stromvergütung kann beispielsweise direkt auf das Kreditkonto fließen.
- Der Eigentümer stellt lediglich seine Dachfläche für einen Pachtbetrag zur Verfügung. Eine Bürgergenossenschaft oder ein anderes Beteiligungsmodell errichtet die Photovoltaikanlage und beteiligt die Bürgerinnen und Bürger am Ertrag.
- Bürgerinnen und Bürger ohne geeignete Dachfläche können in Genossenschaften oder andere Beteiligungsmodelle investieren und werden am Ertrag beteiligt.

Auch die Kommune selbst sollte alle Möglichkeiten an ihren Gebäuden ausschöpfen. Im Landkreis Mainz-Bingen werden beispielsweise sämtliche Dachflächen auf den Schul- und Verwaltungsgebäuden an die örtliche Energiedienstleistungsgesellschaft verpachtet. Diese hat sich verpflichtet, die Dachflächen optimal mit Photovoltaik zu bestücken. Der Kreis erhält hierfür eine „Dachflächenmiete“, die sich an der Spitzenleistung der Anlagen orientiert. Nach der 20-jährigen Förderphase können die Anlagen in den Besitz des Kreises übergehen, so dass er für den Weiterbetrieb eine „kostenlose“ Stromlieferung erhält, denn in der Regel gewähren die Hersteller 25-jährige Leistungsgarantien.

Ein anderes Modell ist, dass ein Investor Solarzellen auf einem Dach installiert, welches der Gebäudeeigentümer pachtfrei zur Verfügung stellt. Je nach Anlagengröße und Technik wird aus der Sicht des Investors eine Refinanzierungszeit vertraglich vereinbart (15 bis 18 Jahre), nach der die Anlage in das Eigentum des Gebäudeeigentümers übergeht, so dass er für die Restlaufzeit die gesetzliche EEG-Vergütung erhält und danach „kostenlos“ Strom für seinen Eigenbedarf produziert.

Welches Modell im Einzelfall das geeignetste ist, hängt von vielen Faktoren ab. Ansprechpartner für fachkundige Beratung sind im Anhang 1 ab Seite 21 genannt.

Ein Musterantrag für ein kommunales 1000-Dächer-Programm ist im Anhang 2 auf Seite 23 aufgeführt.

Biomasse

Im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung dezentraler Energieversorgung mit Strom und Wärme kommt auf kommunaler Ebene der Nutzung von Biomasse eine besondere Rolle zu. Hier liegen ungenutzte Potenziale brach, die erfasst und einer energetischen Nutzung zuzuführen sind. Hierzu zählen an allererster Stelle die Bioabfall-Stoffströme, die wir derzeit meist teuer entsorgen. Das fängt beim häuslichen Abfall in der braunen Tonne an, geht über den häuslichen, gewerblichen und kommunalen Grünschnitt bis hin zum Klärschlamm unserer Kläranlagen. Aus diesen Abfäl-

len lassen sich, entsprechend vorsortiert, Biobrennstoffe (Holzhackschnitzel, Holzpellets etc.) und Biogas herstellen, das entweder in das Erdgasnetz eingespeist oder dezentral in Kraft-Wärme-Kopplung verstromt werden kann. Hier sind wir wieder bei der Kraft-Wärme-Kopplung, die natürlich auch den Wärmeverbraucher benötigt: Denn nur wenn die Wärme genutzt wird, ist die Anlage auch effizient und wird zusätzlich gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz gefördert. Hierzu bedarf es kommunalpolitischer Entscheidungen mit wegweisendem Charakter bis hin zur „energieautarken Gemeinde“, mit Bau und Betrieb ei-

nes möglichst vollständig genutzten Nahwärmenetzes zur Versorgung der Bürgerinnen und Bürger. Da eine Anschluss- und Benutzungspflicht für Nahwärme nur in Neubaugebieten, nicht jedoch im Bestand möglich ist, bedarf es einer sicherlich längerfristigen Überzeugungsarbeit der Bürgerinnen und Bürger, die man mitnehmen muss. Mit langfristig stabiler Wirtschaftlichkeit, ökologischer Energieversorgung und Wertschöpfung in der Region hat man alle Argumente auf seiner Seite, um das Ziel zu erreichen. Zusätzlich müssen auch Stoffströme aus den Quellen Forstwirtschaft mit Waldrest- und Schwachholz sowie der Landwirtschaft mit Kurzumtriebsplantagen, Energiegetreide auf Brachflächen, Energiepflanzen für Biogasgewinnung und Tresterverwertung in den Biomasse-Energiemix einbezogen werden. So können geschlossene Kreisläufe entwickelt werden, die zukunftsgerichtet den notwendigen Wandel in der Energieversorgung „Aus der Region – Für die Region“ vollziehen helfen.

Tiefengeothermie

Die Nutzung der Tiefengeothermie stößt bei vielen Bürgerinnen und Bürgern auf Kritik und Ablehnung. Wir nehmen diese Vorbehalte ernst und bekennen uns zu dem Grundsatz: Ein Ausbau der Tiefengeothermie kann nur erfolgen, wenn Folgeschäden auszuschließen sind. Ein wesentlicher Beitrag der Tiefengeothermie in einem regenerativen Energiemix ist kurzfristig nicht zu erwarten.

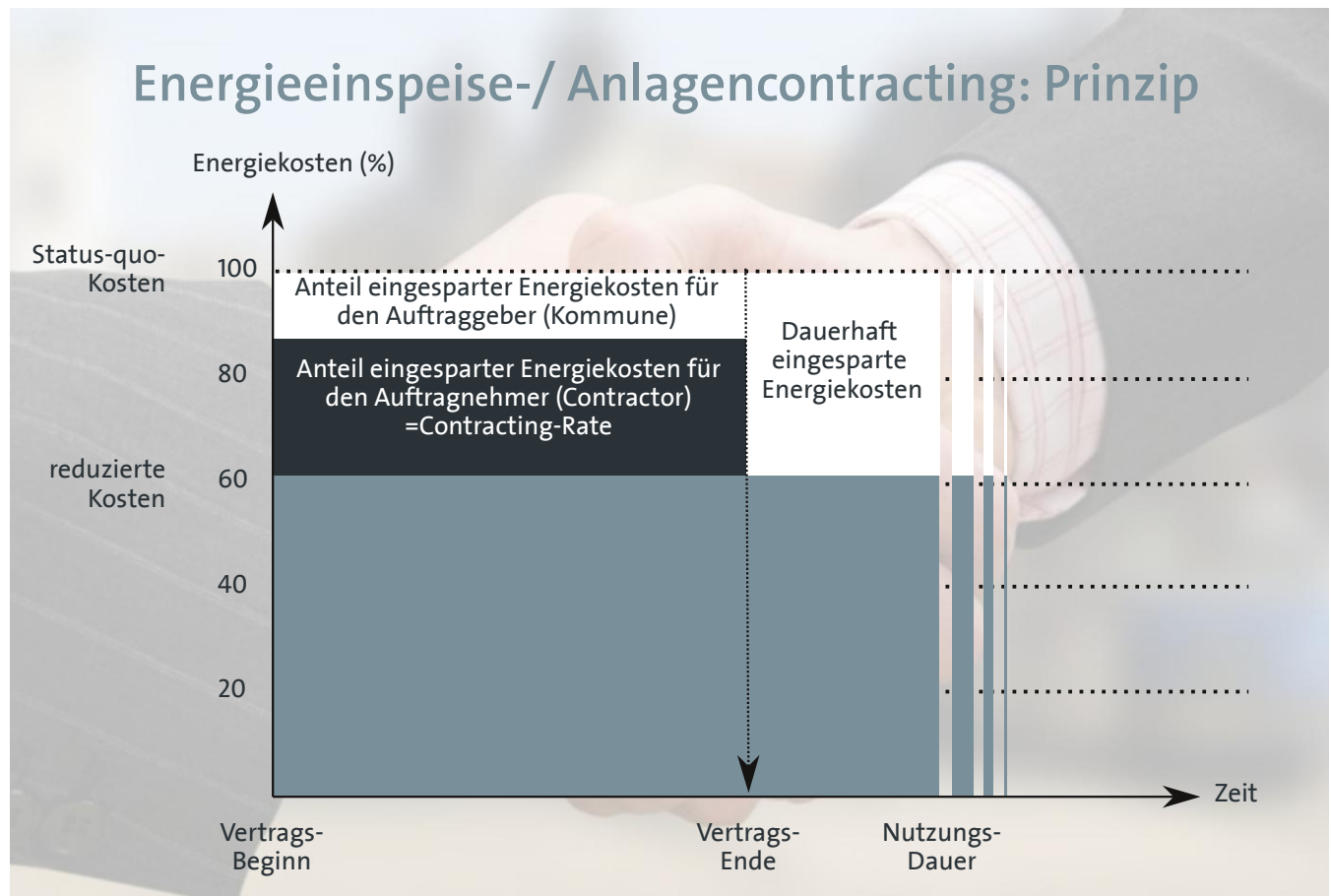




Contracting ist ein in der Energiewirtschaft bekanntes Umsetzungsinstrument. Dabei wird der langfristige wirtschaftliche Vorteil einer Energiespar-Investition zwischen dem Gebäudeeigentümer und einem externen Umsetzungs- und Finanzierungspartner aufgeteilt. So können die in der Regel nicht nur sehr kapitalintensiven, sondern auch technisch sehr anspruchsvollen Anlagen ohne eigenes Startkapital schnell umgesetzt werden.

Eine solche Partnerschaft umfasst nicht nur Anlagenplanung und Finanzierung, sondern ebenfalls Bau und Betrieb über einen längeren Vertragszeitraum unter der Prämisse zusätzlicher Kosteneinsparung für den Gebäudeeigentümer, ohne dass er sich selbst noch um seine Versorgung kümmern muss. Er erhält, was er braucht, nämlich Nutzenergien in Form von Wärme, Klimatisierungskälte und Strom.

In der nebenstehenden Grafik wird das Grundprinzip einer Contracting-Vereinbarung veranschaulicht: Ausgehend von den „Status-quo-Kosten“ als Grundlinie einer Energiedienstleistung (oben) übernimmt der Contractor sämtliche Einsparinvestitionen zur Erneuerung und Optimierung von Energieversorgungsanlagen. Die nach



Durchführung der Maßnahmen eingesparten Energiekosten werden ganz oder teilweise zur Deckung des Kapitaldienstes für die getätigten Investitionen eingesetzt. Dabei können die Kunden je nach Länge der Vertragslaufzeit auch einen Anteil der Einsparkosten für sich verbuchen, also am Einsparerfolg beteiligt werden, wodurch

neben der Entlastung des Vermögenshaushaltes auch im Hinblick auf den Verwaltungshaushalt ein weiterer Anreiz geschaffen werden kann. Wesentlicher Bestandteil des Contractings ist es, dass eine Anlage nach Ende der vertraglich vereinbarten Laufzeit in das Eigentum des Kunden übergeht und diese von ihm bis zum Ende der

Nutzungsdauer eigenverantwortlich unter vollständiger Verbuchung des Einsparerfolges weiterbetrieben werden kann, bis erneut investiert werden muss.

Das hier dargestellte Contracting-Prinzip ist deutlich mehr als ein Finanzierungsinstrument. Der Auftragnehmer (Contractor) saniert die veralteten, energieintensiven und häufig überdimensionierten Heizzentralen nicht nur und bringt sie auf den modernsten Stand der Technik, sondern kümmert sich auch um den Primärenergieeinkauf sowie um Wartung und Instandhaltung, wozu ein leistungsfähiges Energiemanagementsystem zur nachhaltigen Energieeinsparung und Verbrauchskontrolle gehört. Ein seriöser Contracting-Partner einer Kommune wird grundsätzlich jene Anlagenvariante realisieren, die objektbezogen auch unter ökologischen Gesichtspunkten die wirtschaftlichste ist. Dies geschieht in enger Abstimmung mit dem Kunden. Ziel ist es, so wirkungsvoll wie möglich zum Klimaschutz auf kommunaler Ebene beizutragen.

Die Darstellung auf dieser Seite zeigt die Vorteile des Contractings auf. Die dargelegten Argumente für die Anwendung des Energiecontractings als zentrales Umsetzungsinstrument für moderne Anlagen sollen insbesondere die Kommunen, ermutigen, diese Möglichkeiten intensiv zu nutzen. Bisher spielt Contracting in der kommunalen Energieversorgung nur eine untergeordnete Rolle. Nicht selten werden wichtige Versorgungsaufgaben konventionell



Energieeinspeise-/ Anlagencontracting: Vorteile

<ul style="list-style-type: none"> Kein Investitionsrisiko: Investitionen durch Contractor Keine Verantwortung für die Anlage (Wartung) Arbeitsersparnis (Ausschreibung, Bau, Betrieb) Know-How-Transfer vom Contractor Ersatzbeschaffung bei Vertragsverlängerung Optimierte Brennstoff-Nutzung Minimierte Emissionen von klimarelevantem CO₂ Verantwortung und Vorreiterrolle "Agenda 21" 	<ul style="list-style-type: none"> Vertragssicherheit mit kostengerechter Anpassung Einsatz moderner Energie-Technik (KWK, BWT etc.) Nutzung regenerativer Energie (Sonne, Holz etc.) Lastmanagement: Optimierung Bezugsleistung Stromeigenerzeugung, Stromkostenreduktion Aufbau eines leistungsfähigen Energiemanagements Bündelung Energieeinkauf, Nutzung von Preisvorteilen Energiesparberatung, Energiecontrolling
--	--

entschieden, weil ja zum Beispiel ein Holzhackschnitzelkessel um ein Vielfaches teurer ist als ein Heizölkessel. Dass der Holzkessel trotzdem unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten deutlich sinnvoller sein kann, wird aufgrund von Haushaltsgründen beiseite geschoben. Es wird im wahrsten Sinne des Wortes „teuer gespart“.

Contracting sollte daher zentraler Bestandteil eines kommunalen Energieleitbildes sein. Da es hierbei um längerfristige Verträge und hohe Summen geht, ist eine unabhängige Beratung unbedingt zu empfehlen - zum Beispiel bei der Energieeffizienz-Offensive Rheinland-Pfalz (Kontakt s. Seite 21).



Die kommunale Energieversorgung der Zukunft

Bürger-Energiegenossenschaften

Im Zuge einer zukünftig dezentralen Energiegewinnung und -verteilung spielen kommunale oder Bürger-Energiegenossenschaften neben anderen Unternehmens- und Beteiligungsformen eine wesentliche Rolle. Damit die Wertschöpfung in der Region bleibt, sollten Bürgerinnen und Bürger, aber auch Genossenschaftsbanken und Sparkassen beteiligt werden. Bei kommunalen Energiegenossenschaften kann durch eine Zusammenarbeit mit anderen Kommunen sowohl

eine höhere Akzeptanz als auch eine noch bessere Versorgung erzielt werden. Mit einer Genossenschaft ist der Einsatz Erneuerbarer Energien bedarfsnah unter Berücksichtigung des regionalen Handwerks zu gewährleisten. Dazu sind auch mögliche gesetzliche Anpassungen zu

überprüfen. Zahlreiche Beispiele wie die VR Energiegenossenschaft Südpfalz eG setzen ein Zeichen für die Zukunft im Bereich umweltfreundlicher Energien für die Regionen im Land. Für uns stellt diese Rechtsform eine ideale



Form der Bündelung eines regionalen bürgerschaftlichen Engagements dar. In der Südpfalz kann beispielsweise jeder ab einer Zeichnung von 1000 Euro Mitglied werden.

Neben der Gründung von Bürger-Energiegenossenschaften können sich auch Kommunen zusammenschließen und Kommunale Solidarpakte schließen. Dies ist an etlichen Standorten im Land schon der Fall. Die Gemeinden zahlen einen Teil ihrer Pachteinnahmen aus den Windenergieanlagen in einen gemeinsamen Topf, der wiederum an alle beteiligten Kommunen verteilt wird. Auf diesem Gebiet ist Rheinland-Pfalz bundesweit Vorreiter. Auch der Landesforst beteiligt sich an kommunalen Solidarpakten für Windkraftanlagen im Wald. Ziel soll es sein, Windkraftanlagen auf gut geeignete Standorte zu konzentrieren.

Zielkonflikte überwinden

Die bisher dargelegten kommunalpolitischen Forderungen an eine zukunftsgerichtete Energieversorgung bedürfen einer unternehmerischen Struktur. Das kann sowohl über eigene Werke als auch über Beteiligungen geschehen. In der kommunalpolitischen Diskussion ist jedoch ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, mögliche Zielkonflikte frühzeitig zu erkennen und wenn möglich aufzulösen. Zum Beispiel kann ein neues Nahwärmenetz den Absatz von Gas beeinträchtigen, welches ebenfalls von einem



kommunalen Unternehmen vertrieben wird. Ebenso könnten private Partner eines bestehenden regionalen Kraftwerks ein neues Bürgerkraftwerk als unliebsame Konkurrenz betrachten.

Deshalb müssen die kommunalen Energieversorger an führender Stelle die Ziele mit Überzeugung und Tatkraft umsetzen. Das

bedeutet in erster Linie, dass sie selbst als Investor für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz auftreten, dass sie Eigenerzeugungskapazitäten dezentral aufbauen und sich die Mechanismen des KWKG, des EEG und damit verbundener Gesetze und Verordnungen zu Nutze machen. Dazu gehört außerdem der Auf- und Ausbau von Nahwärmenetzen mit flexiblem



Brennstoffeinsatz und die Substitution fossiler Energieträger. Kundenorientierte Tarife für eine preiswerte Energieversorgung von Bürgerinnen und Bürgern über intelligente Zähler (Smart Metering) steigern die Akzeptanz und Zufriedenheit.

Die kommunalen Energieversorger der Zukunft werden mittel- bis langfristig unabhängig von der Versorgungsmentalität der Großkonzerne. Es gibt einige kommunale Energieversorger, die dies bereits heute sehr erfolgreich umsetzen - wie zum Beispiel die Stadtwerke Schwäbisch-Hall oder auch die Stadtwerke Aachen.

Energieagenturen vor Ort

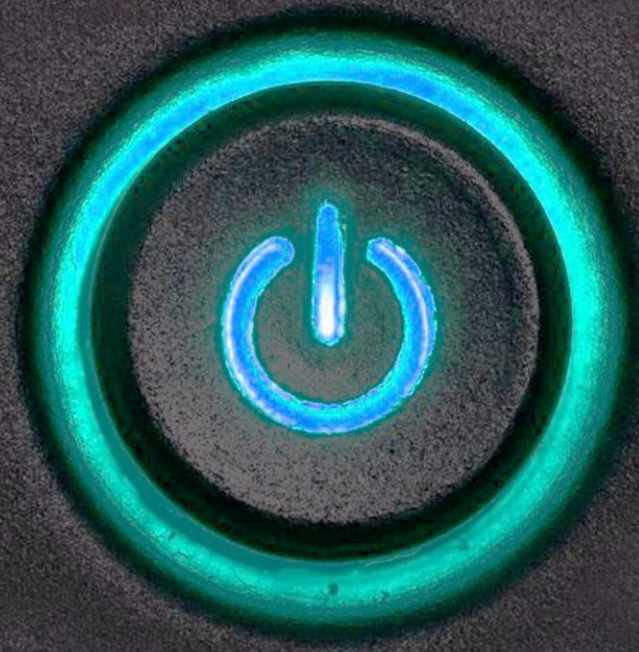
Mit der Effizienzoffensive Rheinland-Pfalz (EOR) existiert seit vielen Jahren ein gemeinsames Forum der Landespolitik mit Energieversorgern und Energiedienstleistern. Wir sind dabei, die EOR zur Landesenergieagentur Rheinland-Pfalz weiterzuentwickeln. Als neutrale Beratungs- und Informationsstellen für Bürgerinnen und Bürger sollen regional verteilt weitere Klimaschutz- und Energieagenturen entstehen. Ein Musterantrag zur Gründung einer solchen Einrichtung auf der Ebene der Planungsgemeinschaften in Rheinland-Pfalz findet sich im Anhang.

Als eine Art „Dachorganisation“ könnte die EOR beim Aufbau dieses Netzwerks koordinierend und helfend tätig werden. Damit sollen aufbauend auf den bisherigen Strukturen die Beratungsaktivitäten erheblich ausgebaut werden.

Städte und Gemeinden haben nach dem Auslaufen der alten und dem Abschluss neuer Konzessionsverträge die Möglichkeit, wieder verstärkten Einfluss auf die Art der Energieversorgung zu nehmen. Hierbei ist auch der Erwerb der Netze grundsätzlich möglich – aber sorgfältig zu prüfen. Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit, Netzstabilität und Netzinvestitionen müssen dabei im Mittelpunkt der Entscheidungen stehen. Die meisten Gemeinden verfügen zudem nicht über die finanziellen Möglichkeiten für den Rückkauf der Strom- und Gasnetze. Für eine erfolgreiche Energiewende bedarf es kompetenter Akteure und ihrer guten Vernetzung. Wenn sich Kommunen dabei über die Ortsgrenzen hinweg zusammenschließen und gemeinsam agieren, können hier vielfältige kommunale Modelle entstehen.

Kommunalwirtschaft stärken

Darüber hinaus ist – um die Rahmenbedingungen der kommunalen Energieversorgung der Zukunft zu setzen - eine Modernisierung des Gemeindefinanzrechts von Rheinland-Pfalz notwendig: Im Rahmen der Liberalisierung der



Märkte in Europa befinden sich die kommunalen Unternehmen im Wettbewerb mit großen privaten und staatlichen Unternehmen aus anderen europäischen Ländern und insbesondere mit den vier großen Stromkonzernen. Kommunale Unternehmen sind unverzichtbar, um deren Vormachtstellung in den nächsten Jahren deutlich aufzubrechen, um die Energiewende zu sichern, regionale Wertschöpfung zu erzeugen und Energie für alle bezahlbar zu halten.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass eine Privatisierung von in öffentlicher Trägerschaft erbrachten Leistungen nicht zwangsläufig mehr Verbraucherrechte, preisgünstigere Angebote,

höheres Qualitätsniveau oder höheren Gemeinwohlnutzen erzeugt. Ganz im Gegenteil hat die weitere Konzentration auf dem Markt Angebotsvielfalt und Wahlfreiheit für die Verbraucher deutlich reduziert.

Ziel der SPD-Landtagsfraktion und der SGK ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Kommunen in Zeiten von deregulierten Märkten zu erhalten und die Handlungsfähigkeit der Kommunen in diesem Bereich zu verbessern.

In der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung soll daher eine neue Kategorie kommunaler wirtschaftlicher Betätigung eingeführt werden,

die ausschließlich auf den Energiemarkt bezogen ist. In den neuen Anwendungsbereich fallen sämtliche Betätigungen innerhalb der Energieversorgung sowie Tätigkeiten mit einem unmittelbar funktionalem Bezug. Für die „energiewirtschaftliche Betätigung“ sollte die Anforderung gelten, dass sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde stehen muss. Bezüglich der Betätigung auf ausländischen Märkten soll dann lediglich eine Anzeigepflicht bestehen. Dadurch erhalten die Kommunen den Handlungsspielraum, den sie brauchen.



Fazit

Die SPD ist in Rheinland-Pfalz seit langem Vorreiter einer nachhaltigen und erneuerbaren Energieerzeugung. Der Ausstieg aus der Atomkraft allein ist noch keine nachhaltige Energiewende: Wir setzen auf die dezentrale Nutzung der Erneuerbaren Energien als Motor für Jobs und Wertschöpfung vor Ort.

Für die dezentrale Energieerzeugung ist es notwendig, die Stromnetze umzubauen und anzupassen: Die Stromnetze der Zukunft sind intelligente Managementsysteme, die die dezentrale Stromerzeugung, -speicherung und den Verbrauch steuern und regeln können.

Als Betreiber von Großkraftwerken haben die großen Stromkonzerne oftmals zu wenig Interesse an einem Umbau der Netze hin zu mehr Dezentralität. Für die Kommunen und deren Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen bietet die dezentrale Energiewende hingegen vielfältige

Chancen. Eine Stärkung der kommunalen Energiepolitik bietet die Chance, gleichzeitig die Kartelle der großen Energiekonzerne aufzubrechen und die Energiewende durch den Ausbau intelligenter Stromnetze zu fördern.

Die Kommunen, kommunale Energieversorger und kommunale Unternehmen sind Träger des Wettbewerbs und der Entwicklungsmotor für regenerative und dezentrale Versorgungsstrategien. Dezentrale Energien brauchen den Energiemanager vor Ort. Mit unseren Leitlinien eröffnen wir neue Perspektiven in der regionalen Zusammenarbeit.



Anhang 1: Ausgewählte Ansprechpartner

SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz

Die sozialdemokratische Fraktion ist die größte im Landtag. Gemeinsam mit der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ tragen wir die Landesregierung in einer Koalition. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit unserem Koalitionspartner den sozial-ökologischen Wandel in Rheinland-Pfalz zu gestalten. Wir wollen dabei die Energiewende so gestalten, dass sich soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft ergänzen.

SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz
Kaiser-Friedrich-Straße 3, 55116 Mainz
E-Mail: spd@spd.landtag.rlp.de
Internet: www.spdfraktion-rlp.de

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Rheinland-Pfalz

Die SGK Rheinland-Pfalz organisiert die sozialdemokratische Kommunalpolitik in Rheinland-Pfalz. Sie schult ihre ca. 2.000 Mitglieder in Fachkonferenzen und Fortbildungsveranstaltungen insbesondere auch zu den in dieser Broschüre angesprochenen Themen. Darüber hinaus berät die SGK ihre Mitglieder in kommunalrechtlichen und energiepolitischen Fragen.

SGK Rheinland-Pfalz e.V.,
Große Bleiche 60 – 62 (Rückseite Allianzhaus)
55116 Mainz
sgk-rlp@t-online.de
www.sgk-rlp.de

Die zuständigen Fachministerien der Landesregierung in Rheinland-Pfalz sind unter folgender Adresse zu erreichen:

Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur

Schillerplatz 3 - 5
55116 Mainz
Telefon: 06131 - 16 0
Telefax: 06131 - 16 35 95
E-Mail: poststelle@isim.rlp.de
Internet: www.isim.rlp.de

Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung

Stiftsstraße 9
55116 Mainz
Telefon: 06131 / 16 – 0
E-Mail: Poststelle@mwkel.rlp.de
Internet: www.mwkel.rlp.de

www.energie-komm.de

Eine Internetplattform des Landes, auf welcher Kommunen nachhaltige Energie-Projekte veröffentlichen können.

Die zentrale Energieberatungsagentur findet sich unter folgenden Kontaktdaten:

EffizienzOffensive Rheinland-Pfalz (EOR) e.V.

Geschäftsstelle TU Kaiserslautern
Paul-Ehrlich-Str. 29
67663 Kaiserslautern
Telefon: 0631 / 62 403 – 0
E-Mail: kontakt@eor.de
Internet: www.eor.de

Beratungen z.B. bei der Erstellung von Energiekonzepten und dem wirtschaftlichen Einsatz von KWK liefert die Transferstelle in Bingen.

Transferstelle für Rationelle und Regenerative Energienutzung Bingen (TSB)

Am Langenstein 21
55411 Bingen
Telefon: 06721 / 98424 – 16
E-Mail: pohl@tsb-energie.de
Internet: www.tsb-energie.de

Die kompetenten Ansprechpartner der kommunalen Spitzenverbände Rheinland-Pfalz erreicht man unter:

Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz

Deutschhausplatz 1
55116 Mainz
Telefon: 06131 / 23 98 – 0
E-Mail: info@gstbrp.de
Internet: www.gstb-rlp.de

Städtetag Rheinland-Pfalz

Deutschhausplatz 1
55116 Mainz
Telefon: 06131 / 28 644 – 0
E-Mail: info@staedtetag-rlp.de
Internet: www.staedtetag-rlp.de

Landkreistag Rheinland-Pfalz

Deutschhausplatz 1
55116 Mainz
Telefon: 06131 / 28 655 – 0
E-Mail: post@landkreistag.rlp.de
Internet: www.landkreistag.rlp.de

Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) Rheinland-Pfalz

Deutschhausplatz 1
55116 Mainz
Telefon: 06131 / 28 644 – 473
E-Mail: info@vku.de
Internet: www.vku.de

Ein kompetenter Ansprechpartner ist zudem die EDG mit Sitz in Nieder-Olm:

Energiedienstleistungsgesellschaft Rheinhessen-Nahe mbH

Am Giener 13
55268 Nieder-Olm
Telefon: 06136 / 92 15 -0
E-Mail: mailto:info@edg-mbh.de
Internet: http://www.edg-mbh.de

Anhang 2: Musterantrag für ein kommunales 1000-Dächer-Photovoltaik-Programm

Antrag der Fraktion(en) der SPD, ... für ein kommunales 1000-Dächer-Photovoltaik-Programm

Die Fraktionen(en) der SPD, ... beantragen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit dem örtlichen Energieversorger, der Sparkasse und/oder Volksbank und ggf. der Handwerkskammer (bzw. Kreishandwerkerschaft) ein 1000-Dächer-Programm für Photovoltaikanlagen zu realisieren.

Begründung:

Nach dem Aus für die Atomkraft in Deutschland muss nun der Ausbau der Erneuerbaren Energien in großen Schritten erfolgen. Hierüber zeichnet sich in Deutschland ein breiter gesellschaftlicher Konsens ab. Dabei kommt den Kommunen bei der dezentralen Energieversorgung vor Ort eine wesentliche Rolle zu.

Im örtlichen Klimaschutz- und Energieeffizienzkonzept wird die verstärkte Nutzung der Photovoltaik als Sofortmaßnahme definiert. Der für diese Anlagen notwendige Flächenbedarf ist in Form von Dachflächen bereits vorhanden. Bisher fehlten vielen Hauseigentümern jedoch die geeigneten Informationen zur Eignung ihrer Dächer für diese Technik. Es wurden daher diejenigen Gebäude ermittelt, welche für eine Solarenergienutzung geeignet sind. Würden alle diese Dachflächen mit einer Photovoltaikanlage ausgerüstet, könnten dadurch ein großer Anteil des gesamten örtlichen Strombedarfs gedeckt werden und zu einer deutlichen CO₂-Reduktion beitragen.

Als weiterer Punkt werden regionale Finanzierungsmodelle und die Planung und Umsetzung privater Finanzierungsmöglichkeiten gefordert. Dazu initiiert der Rat ein 1000-Dächer-Programm mit guten Konditionen, fachlicher Begleitung und nachhaltiger Energieversorgung. Für die Bürgerinnen und Bürger sollen verschiedene Angebote zur Verfügung stehen:

1. Die Dachfläche ist geeignet und der Eigentümer finanziert und investiert selbst.
2. Der Eigentümer investiert und finanziert zu festen Sonderkonditionen – die Stromvergütung kann beispielsweise direkt auf das Kreditkonto fließen.
3. Der Eigentümer stellt lediglich seine Dachfläche für einen Pachtbetrag zur Verfügung. Eine Bürgergenossenschaft oder ein anderes Beteiligungsmodell errichtet die Photovoltaikanlage und beteiligt die Bürgerinnen und Bürger am Ertrag.
4. Bürgerinnen und Bürger ohne geeignete Dachfläche können in mögliche Genossenschaften oder andere Beteiligungsmodelle investieren und werden am Ertrag beteiligt.

[Für die Fraktion(en)]

Diesen Musterantrag können Sie als Textdatei hier herunterladen: www.spdfraktion-rlp.de/energiewende.html

Anhang 3: Musterantrag zur Gründung einer regionalen Klimaschutz- und Energieberatungsagentur

Antrag der Fraktion(en) der SPD, ... zur Schaffung einer regionalen Klimaschutz- und Energieberatungsagentur (KEBA)

Die Fraktionen(en) der SPD, ... beantragen:

Der Rat beschließt die Gründung einer regionalen Klimaschutz- und Energieberatungsagentur.

Begründung:

Die Energiewende stellt die Gesellschaft insgesamt vor eine große Herausforderung. Es gilt, Einsparpotentiale zu realisieren und den Energiebedarf mit deutlich höherer Effizienz zu decken, als dies gegenwärtig der Fall ist. Zusätzlich ist die Energieerzeugung aus Erneuerbaren Energien voranzutreiben.

Es gilt, neben der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude, die Energiewende in den Verbrauchssektoren „Haushalte“ und „Gewerbe, Handel, Dienstleistungen“ zu etablieren. Letztendlich müssen alle Bürgerinnen und Bürger sowie die Betriebe ihre Gebäude und Produktionsprozesse energetisch effizient und erneuerbar machen, um die gesetzten Klimaschutzziele zu erreichen und um die Energieversorgung bezahlbar zu halten.

Es ist vorgesehen, dass die Kommunen Stellen für „Klimaschutz-/Energiemanager“ schaffen, die die Bürgerinnen und Bürger vor Ort qualifiziert und ganzheitlich in Energiefragen beraten. Doch oft fehlt es an qualifizierten Fachkenntnissen, an technischer Sachkunde, auch in juristischer Hinsicht bis hin zu Fragen der Finanzierung. Hier bietet es sich daher an, gemeinsam eine Klimaschutz- und Energieberatungsagentur (KEBA) auf Ebene der Planungsgemeinschaften zu gründen, um eine ortsnahe und qualifizierte Beratung flächendeckend in den Kommunen zu etablieren und die Energiewende langfristig zu begleiten und umzusetzen.

Neben den beteiligten kommunalen Energiedienstleistern sollten auch die Gebietskörperschaften, die der Planungsgemeinschaft angehören, sowie die Verbände und Kammern des örtlichen Handwerks und der Banken organisatorisch eingebunden werden, um die mit der Finanzierung einer solchen Klimaschutz- und Energieberatungsagentur entstehenden Kosten gemeinsam zu tragen.

[Für die Fraktion(en)]

Diesen Musterantrag können Sie als Textdatei hier herunterladen: www.spdfraktion-rlp.de/energiewende.html

Eigene Notizen

A series of horizontal dotted lines intended for handwritten notes.

Impressum

Herausgeber:

SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz
V. i. S. d.P. Barbara Schleicher-Rothmund

Kaiser-Friedrich-Straße 3
D-55116 Mainz

Telefon: 06131/ 208- 3225
Telefax: 06131/ 208- 4225

www.spdfraktion-rlp.de
spd@landtag.rlp.de

und

SGK Rheinland-Pfalz e.V.,
Große Bleiche 60 – 62 (Rückseite Allianzhaus)
55116 Mainz
sgk-rlp@t-online.de

Telefon: 06131/ 226460
Telefax: 06131/ 226478

www.sgk-rlp.de
E-Mail: sgk-rlp@t-online.de

Redaktion und Layout:
SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, SGK Rheinland-Pfalz.

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bildnachweise

S.1 ©panthermedia.net/Daniel Schoenen;

S.2 ©panthermedia.net/Elena Elisseeva, ©panthermedia.net/Slavomir Valigursky, ©panthermedia.net/Sergiy Timashov;

S.3 ©panthermedia.net/Daniel Schoenen, ©panthermedia.net/Alexandr Zadiraka, ©panthermedia.net/Erwin Wodicka;

S.4 ©panthermedia.net/Daniel Schoenen;

S.5 ©SPD-Fraktion RLP, SGK RLP;

S.7 ©panthermedia.net/Slavomir Valigursky;

S.8 ©panthermedia.net/Matthias Krüttgen;

S.9 ©panthermedia.net/JOAN COLL JCVSTOCK;

S.10 ©panthermedia.net/Sergiy Timashov;

S.11 ©panthermedia.net/wajan;

S.12 ©panthermedia.net/Daniel Schoenen;

S.13 ©panthermedia.net/Andrei Merkulov;

S.14/15 ©panthermedia.net/Alexandr Zadiraka;

S.16 ©panthermedia.net/Erwin Wodicka;

S.17 ©panthermedia.net/Bernd Kröger;

S.18 ©panthermedia.net/Markus Gann;

S.19 ©panthermedia.net/Erik Bobeldijk;

S.20 ©panthermedia.net/Marc Dietrich;

S.28 ©panthermedia.net/Daniel Schoenen;

Freie Software steht für Innovation und Fortschritt!

Diese Broschüre wurde unter Einsatz der Open-Source-Programme Scribus und GIMP und damit ohne Verwendung kommerzieller Layout- oder Bildbearbeitungs-Programme erstellt.



SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



SGK Rheinland-Pfalz
Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik

